

Das Wochenmagazin der

www.spoe.at



Aktuell III

17. April 2009 - Nr. 1

Gastkommentar zu einem sozialeren Europa von
AK-Präsident Herbert Tumpel

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Gerade jetzt: Vorrang für soziale Sicherheit!

Die SPÖ ist die Partei mit der meisten Kompetenz in Sachen soziale Sicherheit. Das gilt für Österreich – und für die europäische Sozialdemokratie auch auf EU-Ebene. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, die Sozialdemokratie zu stärken – gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise mit all ihren negativen Folgen. Das soziale Netz muss gerade jetzt besonders engmaschig werden. Es ist die SPÖ, die mit deutlicher Handschrift dafür sorgt.

Wir haben in dieser Ausgabe des „SPÖ Aktuell“ die bereits erfolgten und auf Schiene befindlichen Leistungen sowie die Vorhaben der SPÖ-geführten Regierung im sozialen Bereich dargestellt.

Auf europäischer Ebene gilt es, die europäische Sozialdemokratie zu forcieren – unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Interessen. Die aus der ArbeitnehmerInnenvertretung kommende Zweite auf der Bundesliste zur EU-Wahl, Evelyn Regner, legt in einem Interview dar, warum es gerade für ArbeitnehmerInnen so wichtig ist, die Stimme der SPÖ zu geben.

Und AK-Präsident Herbert Tumpel erklärt im Gastkommentar, dass die Europäische Union zu einem Sozialprojekt werden muss.
Eure Redaktion

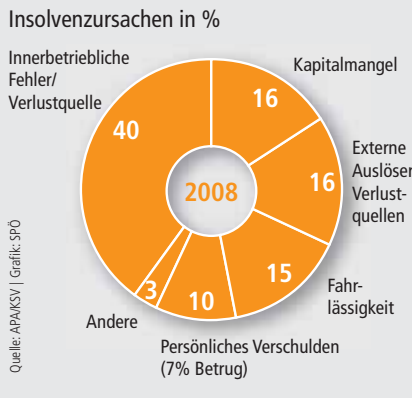
Highlights der Woche

Soziale Absicherung	4
Arbeitstagung der BezirksgeschäftsführerInnen	6
Interview mit Evelyn Regner	7
AK-Wahlen in Kärnten	9
Gastkommentar von AK-Präsident Herbert Tumpel	14

Keine Erhöhung bei PolitikerInnen-Gehältern

In Zeiten der Wirtschaftskrise schnallen auch die PolitikerInnen den Gürtel enger. Im Ministerrat wurde deshalb beschlossen, dass PolitikerInnengehälter

Gründe für Pleiten



Managementfehler häufigste Ursache für Pleiten

Rund 650 Firmenpleiten in Österreich waren im Vorjahr auf betrügerisches Handeln zurückzuführen. Der Anteil der betrügerischen Insolvenzen an den eröffneten Verfahren betrug mit 230 Fällen sieben Prozent. Dazu dürften zumindest noch einmal 430 Fälle bei den mangels Masse abgewiesenen Konkursen kommen. Die häufigsten Insolvenzursachen waren 2008 aber nach wie vor Managementfehler mit einem Anteil von 65 Prozent.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Eine Geste von politischer Moral in Zeiten der Krise?

Österreichs PolitikerInnen verzichten bis 2011 auf eine Gehaltserhöhung und wollen damit ein Zeichen setzen. Die Regierung will den BürgerInnen damit in der angespannten Wirtschaftslage Mut machen. Außerdem soll damit auch Vertrauen in die Politik geweckt werden. Lassen sich auf diesem Wege auch ManagerInnen dazu bewegen, sozial gerechter zu denken?

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at mit, ob dieser Beschluss in die richtige Richtung zeigt, oder nicht!



Zimmer

SPÖ-Verkehrssprecher
Anton Heinzl

Einigung auf Verkehrssicherheitspaket

Verkehrsministerin Doris Bures hat sich mit der ÖVP auf ein Verkehrssicherheitspaket geeinigt. Demnach gibt es künftig eine Mindeststrafe für Tempoüberschreitungen ab 30 km/h, eine Verschärfung bei Alkodelikten, die auch ein Coaching nach sich ziehen sollen, und eine verbesserte Ausbildung für den Mopedausweis. Das Verkehrssicherheitspaket soll spätestens im Herbst in Kraft treten. Als „großen Erfolg“ bezeichnet es SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl. „Hier ist ein großer Wurf gelungen, der alle Schwachstellen in der Verkehrssicherheit in Angriff nimmt und sich sehen lassen kann“, zeigte sich Heinzl erfreut.

Zitat der Woche

„Er ist ein großartiger Banker, der sicher keine Gesetzesverstöße begangen hat.“

Karl-Heinz Grassner,
Weggefährte Julius Meinls, mit
fragwürdigen Abschiedsworten.

Erste PISA-Tests erfolgreich abgeschlossen

Trotz Versuche der Lehrgewerkschaft und der ÖVP-Schülerunion, die PISA-Studie zu sabotieren und somit die Bemühungen um eine bessere Schule zu erschweren, haben die ersten Testungen an den Schulstandorten ohne Probleme und ohne Zwischenfälle stattgefunden. Das beweist, dass sich die SchülerInnen nicht durch die Lehrgewerkschaft und die ÖVP-Schülerunion instrumentalisieren lassen. Den SchülerInnen, den SchulleiterInnen, den involvierten LehrerInnen, der Schulaufsicht und den MitarbeiterInnen des BIFIE wurde von Seiten des Unterrichtsministeriums für die professionelle Durchführung gedankt.



BMUK

Unterrichtsministerin
Claudia Schmidt

Bundeskanzler
Werner Faymann
beim Presseföyer
nach dem
Ministerrat.



BKA

nicht erhöht werden sollen. Die nächste Lohnanpassung soll demnach erst am 1. Jänner 2011 erfolgen. Für den Beschluss im Nationalrat braucht es allerdings die Zustimmung der Opposition, denn es ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Betroffen wären u. a. Nationalrats-, Landtags oder Bundesratsabgeordnete. Laut Bundeskanzler Werner Faymann wolle man ein Zeichen setzen „für die vielen Menschen, die Sorge über die wirtschaftliche Situation haben“.



Wann ist endlich Schluss mit Egoismus?

Sind manche Großunternehmen in der Krise von ihrer sozialen Verantwortung entbunden? In den letzten Jahren ist da ein ganzer, neuer Wirtschaftszweig entstanden. Sogenannte CSR-Berater* wurden beauftragt, sich einem nachhaltigen Nutzen von Unternehmen für die Gesellschaft und deren sozialer Verantwortung zu widmen.



Die ArbeitnehmerInnen haben die Krise nicht verschuldet. Sie dürfen nicht diejenigen sein, die dafür zahlen müssen.

Zinner nahe, dass Swarovski die Krise nur als Vorwand gedient hat, um mit der Produktion nach China und Tschechien abzuwandern. Nachhaltig ist da nur der Schaden für die Region und die betroffenen Familien. Hat die Familie Swarovski vergessen, dass es ihre MitarbeiterInnen sind, die sie zu dem gemacht haben, was sie heute sind – in guten, wie in schlechten Zeiten?

Deshalb kann man in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein Mindestmaß an Anstand und sozialer Verantwortung von jenen Unternehmen verlangen, die wie Swarovski in den letzten Jahren Rekordgewinne erzielt haben. Und es zeigt sich einmal mehr, dass wir uns nicht auf „Sonntagsreden“ von UnternehmenssprecherInnen verlassen dürfen, sondern ausschließlich auf verbindliche soziale Rech-

In der Krise stellt sich nun die Frage: Ist soziale Moral nur etwas für Schönwetterzeiten?

In der Finanzkrise ist es plötzlich still um das Thema der sozialen Verantwortung von manchen Großunternehmen geworden. Was nicht heißt, dass es keine Unternehmen mit Verantwortung gibt. Nur steht diese jetzt auf einem viel härteren Prüfstand als in den Jahren der Hochkonjunktur. Mit dem Abfeiern auf Hochglanzpapier in den Jahresberichten ist es nicht mehr getan. Plötzlich werden bei sogenannten Paradeunternehmen, wie beispielsweise Swarovski, über 2000 Arbeitsplätze abgebaut**. Dieser sprichwörtliche Rausschmiss von vielen verdienten ArbeitnehmerInnen soll eiskalt und ohne soziales „Gewissen“ durchgeführt werden. Swarovski ist bis dato nicht bereit, einen Sozialplan auszuarbeiten oder einen Härtefonds anzubieten. Auch an eine firmeneigene Stiftung ist nicht gedacht. Und es liegt der Verdacht

„Für uns sind die ArbeiterInnen nicht irgendwelche WählerInnen, sondern genau die Menschen, für die wir Politik machen, der Ursprung unserer Bewegung.“

te. Jetzt muss solidarisch gehandelt werden um unser Land gemeinsam aus der Krise zu führen. Solidarität ist keine Einbahnstrasse sondern auch moralische Verantwortung. ♦

Viele Großunternehmen haben um teures Geld, auf Hochglanzpapier, Jahresnachhaltigkeitsberichte verfasst, in denen sie ihre „ungeheure“ soziale Verantwortung mit hervorragend aufbereitetem Zahlen- und Datenmaterial den Aktionären, Kunden und vor allem den Medien vorgestellt haben. Großunternehmen wurden demnach immer sozialer, übernahmen immer mehr Verantwortung für ihr Umfeld und ihre Region, zumindest wurde es so verkauft. Durch dieses „besonders verantwortliche Handeln“ wurde das Dogma eines sich selbst regulierenden Marktes noch durch das Dogma des „Marktes mit sozialem Antlitz“ untermauert.

* Corporate Social Responsibility – sinngemäß verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln

** 2008 wurden 1.000 Arbeitsplätze gestrichen und 2009/10 sollen weitere 1.100 folgen

WIRTSCHAFTSKRISE

Soziales Netz weiter verdichten

Gerade jetzt ist es wichtig, dass Sozialleistungen auf die Richtigen abzielen und vor der Krise schützen. Deswegen kämpft die SPÖ für die soziale Sicherheit der Menschen.

Seit die SPÖ in der Regierung ist, wurden bereits zahlreiche Maßnahmen zur Entlastung des Mittelstandes und der KleinverdienerInnen genauso wie der Familien und der PensionistInnen und zur Bekämpfung der Armut umgesetzt. Diese, wie die letzte SPÖ-geführte Koalition ebenso, hat den Kampf gegen Armut ins Zentrum ihrer Sozialpolitik gestellt. Daher werden jährlich weit über 70 Millionen Euro, das sind 28,5 Prozent des BIP, für Sozialpolitik ausgegeben. „Hätten wir das nicht, wäre die Armutsgefährdung drei mal höher als derzeit“, betont Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Aber es gibt noch wichtige Maßnahmen, die es umzusetzen gilt, so Hundstorfer, schließlich sind immer noch eine Million Menschen von Armut gefährdet.

Kampf gegen Armut durch stabile Regierung

Die hohe Zahl Armutsgefährdeter zeigt, dass es noch einiges zu tun gibt: Um Armut effizient zu bekämpfen und soziale Netze zu spannen, ist es besonders wichtig, eine stabile Regierung zu haben, die diese Maßnahmen auch tatsächlich umsetzen kann. Eine dieser wichtigen Initiativen ist etwa die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). In intensiven Verhandlungen wurden die Rahmenbedingungen dafür bereits mit acht Bundesländern (Kärnten ausgenommen) festgelegt. Wie Sozialminister Hundstorfer betont, handelt es sich dabei um keine soziale Hängematte, sondern geht Hand in Hand mit einer intensiven Beschäftigungs- und Weiterbildungsinitiative, um den Menschen den Einstieg in den Arbeitsmarkt wieder zu ermöglichen. Aus technischer Sicht ist für die Einführung der BMS und der gleichzeitigen Abschaffung der Sozialhilfe eine umfangreiche Umstellung der Systeme erforderlich. Aus rechtlicher Sicht müssen alle Landta-



Sozialminister Rudolf Hundstorfer kämpft mit ganzem Engagement gegen drohende und bestehende Armut.

ge einen Beschluss zur Einführung der BMS fassen, bevor der Nationalrat einen solchen fassen kann. Erst dann kommt es zur Einführung im Laufe des Jahres 2010.

Familien entlasten – Kinder fördern

500 Millionen Euro investiert die SPÖ-geführte Regierung in die Entlastung der Familien. Im Rahmen der Steuerentlastung wurden die Kinderabsetzbeträge für alle Kinder von 610 auf 700 Euro erhöht. Zudem können künftig 220 Euro pro Kind von der Steuer abgesetzt werden und auch die professionelle Kinderbetreuung kann bis zu 2.300 Euro pro Jahr und Kind von der Steuer abgesetzt werden. Steuerfreien Zuschuss kann es auch vom Arbeitgeber geben. Zur weiteren Entlastung, sowie zur chancengleichen Ausbildung aller Kinder wurde das kostenlose Gratis-Kindergartenjahr eingeführt.

Mehr für die, die weniger haben

Durch die, von der SPÖ geforderte, vorgezogene Steuerreform zahlen seit 1.1. 2009 2,7 Millionen Menschen keine Lohn- oder Einkommensteuer mehr. Die größten Profiteure dieser, 2,3 Milliarden schweren, Tarifentlastung sind Menschen

Autor mit einem Einkommen bis zu 4.000 Euro. Am stärksten entlastet werden Einkommen zwischen 1.200 und 1.500 Euro. Zudem wurde der Grenzbetrag von 1.000 auf 1.100 Euro angehoben.

Mehr im Börsel für PensionistInnen

Auch die SeniorInnen profitieren maßgeblich von den Maßnahmen der Regierung. Vorallem konnte durch die SPÖ die Pensionsautomatik verhindert und die Wichtigkeit der staatlichen Pensionssäule verdeutlicht werden. Die Pensions-

anpassung wurde vorgezogen und betrug im letzten Jahr 3,4 Prozent.

Auch die verzögerte Pensionsanpassung wurde aufgehoben. Um allen Verunsicherungsflaskeln der Oppositionsparteien entgegen zu halten: Die Hacklerregelung bleibt, wie es durch die SPÖ erkämpft wurde, bis 2013 in der jetzigen Form bestehen. Ein entsprechender Entwurf über die Regelung nach 2013 wird Ende 2009 vom Sozialminister vorgelegt.

Pflege muss leistbar sein

Daher wurden bei der 24-Stunden-Pflege unter der SPÖ die Förderung bei zwei selbständigen Betreuungskräften auf 550 Euro im Monat verdoppelt und für angestellte Kräfte auf 1.100 Euro um fast ein Drittel angehoben. Darüber hinaus wurden schwerstbehinderte Kinder und Jugendliche, sowie Demenzerkrankte in eine höhere Pflegestufe gehoben. Und das Pflegegeld wurde in den Stufen eins und zwei um vier Prozent erhöht, in den Stufen drei bis fünf um fünf Prozent und in den Stufen sechs und sieben um sechs Prozent erhöht. Zudem wurde der Personenkreis der pflegenden Angehörigen erweitert. Hinzu kommt, dass pflegende Angehörige Unterstützung in Form von Anrechnung der Pflegezeit als Pensionszeit erhalten. ♦

LISSABON VERTRAG

Europa kann Sozialunion werden

Die Chancen, via Lissabon-Vertrag die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion zu ergänzen, sind gegeben: Neben der Vollbeschäftigung als Ziel nennt der Vertrag den Grundsatz einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft.



Die SPÖ hat ein Ohr für ArbeitnehmerInnen. (Im Bild: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann im Gespräch mit Sebring-Chefin Angelika Kresch und einer Angestellten beim Sebring-Betriebsbesuch in Voitsberg)

Der EU-Vertrag von Lissabon ist eine notwendige Weiterentwicklung der Union. Wenn sich auch an der wirtschafts- und währungspolitischen Ausrichtung der EU nichts grundlegend ändert, ist der Vertrag als Zwischenschritt zur Sozialunion geeignet. Elisabeth Grossmann, SPÖ-Europasprecherin, meint dazu: „Klar ist natürlich, dass damit noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist, sondern weitere Akzente für ein sozialeres Europa gesetzt werden müssen.“

Im Vertrag heißt es übrigens: „Die Union anerkennt und fördert die Rolle der Sozialpartner auf Ebene der Union unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der nationalen Systeme. Sie fördert den sozialen Dialog und achtet dabei die Autonomie der Sozialpartner.“ Demnach ist die Verankerung der Sozialpartner vorgesehen, wobei

nicht vergessen werden sollte, dass weder in Großbritannien noch in Irland gesetzlich vorgesehene Gremien die ArbeitnehmerInnen vertreten. Es fehlen noch die Instrumente, um die Ziele im Bereich Soziales und Beschäftigung durchzusetzen, ein Teil der Lösung für dieses Dilemma ist aber, dass EU-BürgerInnen ihre Rechte beim EuGH einklagen können und es gleichzeitig soziale Grundrechte geben wird. Über diese hinaus fordert die SPÖ EU-weite soziale Mindeststandards. Viele ÖsterreicherInnen machen sich darüber Sorgen, was für Auswirkungen diese für die Betroffenen in Ländern mit höheren Standards haben. Da diese Dinge aber weiterhin die Mitgliedsländer entscheiden, bedeuten sie lediglich eine Verbesserung für Länder mit niedrigeren Standards. Eine Verschiebung der Kompetenzen zwischen nationaler und eu-

ropäischer Ebene findet in der Sozialpolitik also nicht statt. In Griechenland und Ungarn gibt es überhaupt keine Sozialhilfe, eine EU-weite Regelung kann hier positiv wirken.

Auch steht die angeblich mangelnde Demokratie innerhalb der EU häufig in der Kritik. Auch hier würde der Vertrag von Lissabon Lösungen anbieten, sieht er doch eine Art EU-weites Volksbegehren, das BürgerInnenbegehren, vor. Dieses muss von der Kommission behandelt werden, sofern es von BürgerInnen einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten unterstützt wird. Um dem oben genannten Vorwurf zu begegnen, wird die EU auch eine Transparenz-Offensive vornehmen und beispielsweise Ratsitzungen live übertragen. Das und die, im Vertrag geforderte, Aufwertung des EU-Parlaments soll eine stärkere Identifikation mit der EU schaffen. Denn das Parlament ist jene Institution innerhalb der Union, in dem die direkt von den BürgerInnen gewählten MandatarInnen sitzen.

„Wir SozialdemokratInnen werden entsprechende Forderungen an die Kommission richten, auch soziale Elemente zu garantieren. Andernfalls werden wir die künftige Kommission ablehnen, dann bleiben wir eben stur.“

Hannes Swoboda, fordert eine sozial gerechtere EU

Der neue Vertrag ist, bei allen Mängeln, symbolisch gesprochen also noch Leinwand und Farbe, mit Hilfe derer das Bild vom gemeinsamen Europa entstehen soll. Doch es kommt vor allem auf die MalerInnen an, wie dieses dann aussehen wird – noch sind alle Möglichkeiten zur Gestaltung da. ♦



SPÖ-ARBEITSTAGUNG

Mit der SPÖ für ein sozialeres Europa

SPÖ-GeschäftsführerInnen aus den Ländern, den Bezirken und den sozialdemokratischen Organisationen trafen sich in Linz, um den EU-Wahlkampf der SPÖ in ihre Organisationen zu tragen und ihre Aktivitäten zu koordinieren.

Wir wollen eine Entwicklung in der EU einleiten, die sich um die ArbeitnehmerInnen kümmert. Die Europäische Union soll eine Sozialunion werden. Dafür braucht es eine starke Sozialdemokratie in Europa – und dafür wollen wir uns auf allen Ebenen der SPÖ einsetzen“, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter für die EU-Wahl Günther Kräuter. Aus diesem Grund trafen sich knapp 200 SPÖ-GeschäftsführerInnen aus den Ländern, den Bezirken und den sozialdemokratischen Organisationen in Linz, um die Ausgangslage zu diskutieren und einiges über die SPÖ-Kampagne sowie ausgewählte Projekte zu erfahren. Denn bei diesem Wahlkampf ist es besonders wichtig, die gesamte sozialdemokratische Bewegung zu mobilisieren. Es geht um viel:



Es geht am 7. Juni um eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung. (BGF Kräuter mit Maria Berger und den KandidatInnen Evelyn Regner und Karin Kadenbach)

Fotos: SPÖ ÖÖ

den Ausbau der direkten Demokratie in Europa. Das Thema Beschäftigung und Sicherung der Arbeitsplätze stand im Zentrum der Reden und Diskussionen, gefolgt von der Sicherung der Pensionen und des Gesundheitssystems. Klar ist: Die SPÖ ist

SPÖ einen kritischen Zugang zur EU hat trotzdem aber ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union ablegt. Die EU muss verändert werden. Es muss eine stärkere Vertretung von ArbeitnehmerInneninteressen geben und ein Ende von Sozial- und Lohndumping. „Dem Markt darf kein Vorrang vor sozialen Grundrechten gegeben werden“, sagte Regner. EU-Abgeordnete und Delegationsleiterin Maria Berger wies darauf hin, dass dies ihr vierter EU-Wahlkampf ist – und zeigte sich erfreut über die Mobilisierung der Länder, Bezirke und Organisationen: „Noch nie gab es eine so tolle Tagung in dieser Form.“ Die SPÖ habe die richtigen Themen und im Bereich der Arbeitsplatzsicherung und -schaffung die größte Kompetenz. Auch erinnerte Berger daran, dass die Sozialdemokratie die Dienstleistungsrichtlinie entscheidend im Sinne der ArbeitnehmerInnen verbessert hat und damit das schlimmste Sozial- und Lohndumping verhindern konnte.

„Die SPÖ steht dafür, dass die ArbeitnehmerInnen nicht alleine die Zeche für die Finanz- und Wirtschaftsmalversationen bezahlen und für eine EU, die ArbeitnehmerInneninteressen und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund rückt.“

Wahlkampfleiter Günther Kräuter

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Stärkung der sozialen Sicherheit in Österreich und in Europa, die Schaffung einer neuen, gerechteren Wirtschaftsordnung und die Verteidigung und Durchsetzung österreichischer Interessen, insbesondere im Zusammenhang mit Atomenergie, Gentechnik, Daseinsvorsorge und Transitverkehr. Und natürlich geht es auch um mehr BürgerInnennähe durch

die Partei, die die Arbeitslosigkeit am wirksamsten bekämpft. Und: Mit dem Hedgefondsmanager Strasser, der soziale Wärme predigt, hat die ÖVP den Bock zum Gärtner gemacht.

EU muss verändert werden

Die Zweitplatzierte auf der Bundesliste, Evelyn Regner, betonte in ihrer Rede, dass die

„Werkzeugkoffer“ mit Material für den Wahlkampf

Für die TeilnehmerInnen an der Arbeitstagung gab es „Werkzeugkoffer“, mit allen wichtigen Daten und Materialien für den Wahlkampf. „Damit die SPÖ-Kampagne in alle Bereiche der sozialdemokratischen Bewegung getragen werden kann“, so Kräuter. Tenor der gelungenen Veranstaltung: Wenn wir uns alle gemeinsam die nächsten Wochen um jede Stimme bemühen, werden wir in der EU nach dem 7. Juni viel für die Menschen bewegen können. ♦

INTERVIEW

„Brauchen ein Sicherheitsnetz gegen Armut“

Die Listenzweite Evelyn Regner will künftig die ArbeitnehmerInnen und ihre Rechte verstärkt in den länderübergreifenden Fokus rücken. Gegen die Ausbeutung der Beschäftigten tritt Regner entschlossen auf.

SPÖ Aktuell: Mit welchem Vorhaben treten Sie zu dieser EU-Wahl an?

Evelyn Regner: Ich möchte ein gerechteres und demokratischeres Europa. Mein Ziel ist es daher, einen Beitrag zu leisten, damit diese EU, insbesondere für die ArbeitnehmerInnen, gerechter wird. Es kann nicht sein, dass Beschäftigte während der Hochkonjunktur ausgebeutet werden und in schwierigen Zeiten die Zeche für die Inkompetenz der Banker zahlen müssen.

Welche Bereiche der EU sind für Sie besonders verbesserungswürdig?

Evelyn Regner: Es gibt viele Bereiche, die verbesserungswürdig sind, vor allem jene, bei denen es um die sozialen Rechte der Menschen geht. Etwa im Bereich der Armutsbekämpfung oder bei der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping. Hier trete ich nachdrücklich für die Umsetzung der Entsenderichtlinie ein, sowie für grenzüberschreitende Kontrollen. Ich werde mich für eine EU einsetzen, in der der Binnenmarkt keinen Vorrang gegenüber den sozialen Grundrechten hat. Dazu fordere ich eine soziale Fortschrittsklausel als Sicherheitsnetz vor Armut. Angesichts der Krise muss auch die Regelung der Finanzmärkte langfristig überdacht werden. Die Chance zur Neuordnung der Märkte, sowie zur Durchsetzung strengerer Kontrollen und Sanktion war nie so groß wie jetzt. Dies muss genutzt werden.

Was möchten Sie in der EU bewirken?

Evelyn Regner: Ich möchte mit meiner Tätigkeit einen Beitrag zur Wende weg von einer EU der unkontrollierten Märkte, hin zur sozialen EU leisten. Das bedeutet: Sicherung guter Arbeitsplätze und Mitwirkungsrechte der Beschäftigten. Ebenso braucht die EU dringend europäische Mindeststandards, die sich nach oben ausrichten. Dies würde die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen in Europa verbessern und den EuropäerInnen signalisieren, dass die EU allen etwas bringt.



Für Evelyn Regner stehen die Rechte der ArbeitnehmerInnen in der EU im Mittelpunkt. Dafür will sie kämpfen.

Kann eine einzelne Abgeordnete auf europäischer Ebene überhaupt etwas bewirken?

Evelyn Regner: Die Durchsetzungskraft steigt zweifellos mit der Stärke der gesamten Fraktion. Wichtig ist, dass ein gutes Team mit verschiedenen Schwerpunkten im EU-Parlament vertreten ist. Daher ist es umso wichtiger, dass die sozialdemokratische Kraft im Europäischen Parlament ihren Mandatsstand weiter ausbaut. Nur mit der Sozialdemokratie kann ein lebenswertes und nachhaltiges Europa garantiert werden.

Wie werden Sie Ihren Wahlkampf ausrichten?

Evelyn Regner: Ich werde einen konstruktiven Wahlkampf führen, in dem es darum gehen wird, den Menschen zu zei-

„Ich werde mich für eine EU einsetzen, in der der Binnenmarkt keinen Vorrang gegenüber den sozialen Grundrechten hat.“

EU-Kandidatin Evelyn Regner

gen, dass wir ein anderes, ein sozialeres Europa brauchen. Zudem werde ich mich dafür einsetzen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die EU nur durch die Sozialdemokratie lebenswerter werden kann und dass sich Konservative nie für die ArbeitnehmerInnen stark machen werden, sondern immer nur für die Gewinne der Unternehmen und für weitere Deregulierungen der Märkte, sobald die Krise von den Beschäftigten bezahlt wurde und es wieder aufwärts geht. ♦

VERWALTUNG

Rascher durch den Behördendschungel

Die Verwaltung soll flotter gemacht werden. Dafür will die Regierung mit einer Entbürokratisierungsoffensive sorgen. In einem ersten Schritt will man die Bereiche Geburt, Eheschließung und Todesfall angehen.



Fotolia

Künftig soll für viele Verwaltungsakte nur mehr ein Amtsweg nötig sein.

Das etwas sperrige Zauberwort lautet One-Stop-Shop-Verfahren. Das heißt, alle Behördenwege sollen im Idealfall in einem Schritt erledigt werden können. Beginnen will man bei den Bereichen Geburt, Eheschließungen und Todesfall.

Die Federführung bei dem Projekt liegt bei Finanzministerium und Bundeskanzleramt. Hauptverantwortlich sind dabei die Staatssekretäre Andreas Schieder und Josef Ostermayer.

Viel Zeit geht durch Behördenwege verloren

Der Zeitaufwand für ÖsterreicherInnen in den drei Bereichen ist beachtlich. Laut einer Untersuchung des Bundeskanzleramts ergab sich eine Belastung von gesamt 1,3 Millionen Stunden pro Jahr. Ana-

lysen zufolge könnten durch Vereinfachungsmaßnahmen, wie die Zusammenfassung verschiedener Behördenwege oder die Reduktion von Urkundennachweisen, bis zu 300.000 Stunden pro Jahr eingespart werden.

Pilotprojekt läuft bereits

Ein Pilotprojekt läuft bereits im Fall der Geburten, wo in einigen Städten und Gemeinden schon One-Stop-Shop-Lösungen möglich sind. Nunmehr will man das noch im heurigen Jahr flächendeckend schaffen. Unter anderem sollen die Standesämter zur Entgegennahme der Wohnsitzmeldung, des Antrags auf Ausstellung einer Staatsbürgerschaftsurkunde und eines Reisepasses verpflichtet werden.

One-Stop-Shop-Lösungen sollen dann auch bei Eheschließungen und Todesfällen gelingen. Unverzüglich sollen Projektteams aus mehreren Ministerien und dem Sozialversicherungs-Bereich gemeinsam mit VertreterInnen aus Städten und Gemeinden Lösungen gestalten. Bis Juli sollen – laut Plan – fertige Konzepte inklusive Umsetzungsplänen vorliegen.

Verwaltungsvereinfachungen auf allen Ebenen

Verwaltungsvereinfachungen sollen aber nicht nur auf diese drei Bereiche beschränkt bleiben. Analog zum schon in der letzten Legislaturperiode gestarteten Entlastungsprogramm für Unternehmen sollen nun auf allen Ebenen auch für die BürgerInnen Vereinfachungen umgesetzt werden. Dabei wird ein Fokus auf die 100 zeitaufwendigsten (und wichtigsten) Informationsverpflichtungen abgestellt. Darunter fallen z.B. Antrag auf Studienbeihilfe, ArbeitnehmerInnenveranlagung oder Eintrag ins Grundbuch.

Berücksichtigt werden sollen bei all dem neben dem zeitlichen Faktor übrigens auch „Irritationseffekte“.

So empfinden es BürgerInnen laut Untersuchungen weniger störend, zehn Minuten ein Formular auszufüllen, als fünf Minuten am Telefon zu warten oder drei Mal weiterverbunden zu werden. ♦



Zinner

Staatssekretär Josef Ostermayer (li.) treibt das Projekt gemeinsam mit Staatssekretär Andreas Schieder (re.) voran. Sie wollen die Verwaltung vereinfachen.

AK-WAHLEN

Kämpfen für Fairness

In Kärnten beginnen am 20. April die AK-Wahlen. Zentrale Forderung der FSG sind gezielte Maßnahmen für eine sichere Arbeit, gerechte Einkommen, faire Chancen für Frauen und eine optimale Ausbildung.



FSG Kärnten

Der Kärntner AK-Präsident Günther Goach kämpft mit seinem Team für die Interessen der ArbeitnehmerInnen.

Im Mittelpunkt steht für uns Fairness – und dafür kämpfen wir auch“, so der FSG-Spitzenkandidat und amtierende Kärntner AK-Präsident Günther Goach. Die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der AK sieht sich im Gegensatz zu ÖAAB und BZÖ als Partner der ArbeitnehmerInnen und nicht der Politik. „Gerade jetzt – vor dem Hintergrund wachsender Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohndruck – brauchen die Menschen einen starken Partner, auf den sie sich verlassen können. Die FSG steht sicher auf der Seite der ArbeitnehmerInnen“, so Goach. Was für die FSG und Günther Goach zählt, ist Gerechtigkeit. „Die ArbeitnehmerInnen haben die Krise nicht verursacht. Deshalb ist es auch nicht fair, dass sie jetzt dafür bezahlen müssen.“ Die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen setzen sich dafür ein, dass nicht nur für Banken und Konzerne Milliarden locker gemacht werden, sondern dass in erster Linie die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen spürbar entlastet werden. Und die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerk-

schafterInnen mit Günther Goach als Spitzenkandidat kämpft – vor allem auch angesichts der hohen Zahl junger Arbeitsloser – für mehr Chancen für Jugendliche. „Wir fordern daher vehement das kostenlose Nachholen von Hauptschul- und Lehrabschlüssen und die Einführung der kostenlosen Berufsreifeprüfung“, so Goach.

Klare Mehrheiten für FSG

Bereits über die Bühne gegangen sind die AK-Wahlen im Burgenland, in der Steiermark und in Oberösterreich. Im Burgenland erzielte die FSG mit ihrem Spitzenkandidaten, AK-Präsident Alfred Schreiner, ein ganz hervorragendes Ergebnis und kam wie schon bei den letzten Wahlen auf über 70 Prozent. Die FSG erreichte laut Endergebnis 70,44 Prozent bzw. 25.890 Stimmen, das ist ein leichtes Minus von 0,86 Prozentpunkten im Vergleich zum Urnengang 2004. Der ÖAAB kam auf 21,95 Prozent (minus 0,75 Prozentpunkte) bzw. 8.070 Stimmen.

Auch bei den steirischen Arbeiterkammerwahlen konnte die FSG ihre Spitzenposition deutlich verteidigen. Mit 65,7 Prozent (minus vier Prozentpunkte im Vergleich zu den letzten Wahlen) ist die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter mit Spitzenkandidat AK-Präsident Walter Rotschädl, weiterhin die klare Nummer Eins. Mit weitem Abstand folgt dann die ÖVP-nahe FCG-ÖAAB mit 20,3 Prozent, an dritter Stelle landeten die Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) mit 7,4 Prozent.

In Oberösterreich entfielen von den insgesamt 216.668 Stimmen 59,3 Prozent auf die FSG. Damit ist die FSG auch dort mit Spitzenkandidat Kalliauer eindeutig die stimmenstärkste Fraktion geblieben (minus 7,7 Prozentpunkte verglichen mit der Wahl 2004). Die Liste ÖAAB/ÖVP-Fraktion Christlichsozialer Gewerkschafter (FCG) kam auf 25,4 Prozent, die Freiheitlichen Arbeitnehmer erreichten 10,1 Prozent. ♦

ZUM THEMA

Urnengang in Wien und NÖ noch ausständig

Von 5. bis 18. Mai sind rund 640.000 ArbeitnehmerInnen in Wien aufgerufen, ihre Interessenvertretung zu wählen. Für 51 Prozent der Wiener Wahlberechtigten wird es ein AK-Wahllokal in ihrem Betrieb geben, in Summe werden in Wiener Betrieben 1.576 Wahllokale eingerichtet. 49 Prozent der Wahlberechtigten werden per Briefwahl wählen.

Bei der Arbeiterkammer-Wahl in Niederösterreich von 5. bis 18. Mai sind 423.423 Personen wahlberechtigt. Es sind dies um 30.552 Wahlberechtigte bzw. 7,8 Prozent mehr als beim Urnengang 2004. Insgesamt werden 1.350 Betriebswahllokale eingerichtet, wodurch 55 Prozent der Wahlberechtigten eine Wahlmöglichkeit direkt in ihrem Unternehmen vorfinden. Die übrigen Wahlberechtigten können von 5. bis 18. Mai entweder in den 24 öffentlichen Wahllokalen – 21 AKNÖ-Bezirksstellen plus drei Sonderwahllokale – oder per Briefwahl von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen.

KANZLERFORUM

Werner Faymann im Dialog mit den Menschen

Der Bundeskanzler ist regelmäßig in Österreich unterwegs, um mit den Menschen direkt in Kontakt zu treten. Beim „Kanzlerforum“ haben die BürgerInnen vor Ort und online Gelegenheit, sich an Werner Faymann zu wenden.

Der Weg, den SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann bereits im letzten Jahr beschritten hat, wird fortgesetzt. Was Faymann – damals noch SPÖ-Spitzenkandidat für die Nationalratswahl –

ZUM THEMA

Das Kanzlerforum in Echtzeit via Live-Stream miterleben

Am Freitag, den 17. April um 17 Uhr, findet das erste Kanzlerforum in Bruck an der Leitha statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich bei dieser Veranstaltung direkt an den Kanzler wenden. Jene, die nicht die Möglichkeit haben, nach Bruck an der Leitha zu kommen, können die Veranstaltung via Live-Stream auf www.spoe.at mitverfolgen.



Bundeskanzler Werner Faymann ist die Meinung der Menschen und das direkte Gespräch ein Anliegen.

bei seinem ersten Bundesländer-Tag versprochen hat, setzt er konsequent um: Als Bundeskanzler ist er in allen Bundesländern

unterwegs, um Gespräche über die Probleme und Sorgen der ÖsterreicherInnen zu führen. In Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Auswirkungen, wie einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, ist es dem Kanzler besonders wichtig, dass er aus erster Hand erfährt, mit welchen Problemen die BürgerInnen konfrontiert sind. Seine Besuche in Schulen, Betrieben und Werkshallen in allen Bundesländern werden seit der Angelobung der Bundesregierung wöchentlich fortgesetzt.

Nun kommt mit dem „Kanzlerforum“ eine neue Plattform hinzu, um den Dialog mit den Menschen zu führen. ♦

KINDERBETREUUNG

„34 Schließtage sind ein Riesenproblem“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ortet bei den Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen akuten Handlungsbedarf.



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: „Mehr Kinderbetreuungsplätze sind auch mehr Arbeitsplätze.“

BKA **D**ie Öffnungszeiten in Österreichs Kinderbetreuungseinrichtungen bereiten Eltern und vor allem Alleinerziehenden Riesenprobleme. Im Schnitt gibt es auf das Jahr aufgerechnet 34 Schließtage, das sind rund sieben Wochen. In einigen Bundesländern, wie Heinisch-Hosek weiß, ist der Kindergarten sogar rund 13 Wochen geschlossen. Diese Zeiten sind für berufstätige Elternteile mit fünf Wochen Urlaub kaum überbrückbar. Die Frauenministerin appelliert daher an die Länder, die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen rasch anzupassen: „Ich wünsche mir, dass sie die Gesetze entsprechend abändern, dass Kindergärten maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen sind.“

Wien Vorbild bei Kinderbetreuung

Als Vorbild bei den Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen nennt Heinisch-Hosek Wien. Nicht nur, dass es in Wien die mit Abstand wenigsten Schließtage gibt, in der Bundeshauptstadt ist auch die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen im Ländervergleich am geringsten. Dies verdeutlicht den direkten Zusammenhang zwischen Kinderbetreuung und der Erwerbstätigkeit von Frauen. Heinisch-Hosek weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die umfangreiche Förderung von 30 Millionen Euro bis 2010 seitens des Bundes beim Ausbau von Betreuungseinrichtungen hin. ♦

Sachbuch

Du musst dein Leben ändern

Der Autor Peter Sloterdijk entlarvt in seinem neuen Werk über die Natur des Menschen das Märchen von der Rückkehr der Religion.

Anstatt der Rückkehr der Religion ortet der Verfasser etwas ganz anderes: Die Selbsterkenntnis des Menschen als Üben, als sich durch Übungen selbst erzeugendes Wesen. Rainer Maria Rilke hat den Antrieb zu solchen Exerzitien in die Form „Du musst dein Leben ändern“ gefasst. Den Kern des Buches bildet die Einsicht von der Selbstbildung alles Humanen. Unsere Aktivitäten wirken unablässig auf uns zurück: die Arbeit auf ArbeiterInnen, die Kommu-

nikation auf Kommunizierende, die Gefühle auf Fühlende etc. Es sind die ausdrücklich üben Menschen, die diese Existenzweise am deutlichsten verkörpern: BäuerInnen, ArbeiterInnen, KriegerInnen, SchreiberInnen, Yogis, RhetorikerInnen, InstrumentalvirtuosInnen oder Models. Ihre Trainingspläne und Höchstleistungen versammelt dieses Buch zu einer vergnüglich-instruktiven Lektüre von den Übungen, die erforderlich sind, ein Mensch zu sein. ♦

SPÖ-Geschichte

Gefängnistagebuch

»Wir, die 25-Jährigen, wir haben also auch schon eine Vergangenheit« resümierte Bruno Kreisky nach einem halben Jahr Haft in den Gefängnissen des austrofaschistischen Regimes.

Während der Zeit seiner Inhaftierung im Jahr 1935 verfasste Bruno Kreisky ein Gefängnistagebuch. Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Stiftung Bruno Kreisky Archiv wurde dieser unmittelbare, sehr persönliche und zugleich politisch hoch interessante Text zur Publikation aufbereitet.

Das Tagebuch liegt nicht mehr im Original vor, sondern nur mehr in einer Kopie. Um einen möglichst hohen ge-

sellschaftsdidaktischen Nutzen und ein möglichst großes Publikum zu erreichen, wurden die transkribierten Texte in ihren zeithistorischen Kontext gestellt. So können diese authentischen Quellen über den unmittelbaren Text Hinausgehendes über Österreich in den 1930er-Jahren, die Radikalisierung der Gesellschaft, das Ende der Demokratie und die Faschisierung des politischen Systems aussagen. ♦

Gesellschaft

Migration und Integration

Österreich ist seit 1945 de facto ein Einwanderungsland, was aber von der überwiegenden Mehrzahl der Einheimischen und der MigrantInnen nicht wahrgenommen wurde und wird.

Daraus resultierten nicht nur widersprüchliche Migrations- und Integrationspolitiken, die zwischen scharfer Abwehr, vor allem am Arbeitsmarkt, und hoher Aufnahmebereitschaft schwankten. Auf persönlicher Ebene waren Zuwanderer mit mehr oder minder offener Xenophobie, mit blasierter Toleranz, aber manchmal auch mit überschäumender Hilfsbereitschaft konfrontiert. In Summe entwickelte die österreichische

(Wohlstands-) Gesellschaft eine erhebliche Integrationskraft, die durch die Erfahrung vieler MigrantInnen, „immer Ausländer zu bleiben“, jedoch mit einem bitteren Nachgeschmack verbunden war.

Dabei mag es manchen verborgen geblieben sein, dass auch die Interaktion von Einheimischen und Fremden die Erfolgsgeschichte dieser Zweiten Republik nachhaltig geprägt hat. ♦

☐ Stk.


Peter Sloterdijk:
Du musst dein Leben ändern
Suhrkamp Verlag, Frankfurt
2009; 714 S., 25,50 €

☐ Stk.


Ulrike Felber (Hg.):
Auch schon eine Vergangenheit.
Mandelbaum Verlag,
Wien 2009;
162 S., 15,80 €

☐ Stk.


Andreas Weigl:
Migration und Integration.
Studien Verlag,
Innsbruck-Wien-Bozen 2009;
96 S. 9,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

Dank SPÖ Burgenland kostenlos in den Kindergarten



Die SPÖ Burgenland setzt mit dem Beschluss zum Gratiskindergarten einen politischen Meilenstein.

Mit der Änderung des Familienförderungsgesetzes hat die SPÖ Burgenland die rechtliche Basis für das Projekt Gratiskindergarten geschaffen. Das neue Modell wurde gemeinsam von Landeshauptmann Hans Niessl und Familienlandesrätin Verena Dunst sowie SP-Klubchef Christian Illedits ausverhandelt.

„Wir wollen, dass möglichst viele Kinder den Kindergarten besuchen“, erklärt Landeshauptmann Hans Niessl, der auch auf die Rolle des Kindergartens bei der Integration verweist. „Wir haben österreichweit, gemeinsam mit Wien, die Vorreiterrolle inne“, so Niessl weiter. Die Eltern und Alleinerziehenden sollen durch die Novelle entlastet, die Gemeinden nicht zusätzlich belastet werden. „Diese Förderungen sollen gezielt jungen Familien helfen“, meint Illedits.

Familien mit einem Kindergartenkind



SPÖ Burgenland

SPÖ-Klubchef Christian Illedits und Familienlandesrätin Verena Dunst mit den Bürgermeistern aus Baumgarten und Schattendorf im Kindergarten Draßburg.

können sich künftig bis zu 500 Euro jährlich ersparen. Die Ersparnis beim Besuch einer Kinderkrippe beträgt rund 1.000 Euro pro Jahr.

„Eltern müssen ab Herbst weiterhin die Beiträge für ihre Kinder entrichten. Die

Beiträge werden den Eltern aber halbjährlich refundiert“, erklärte Landesrätin Verena Dunst. Das Land Burgenland wendet künftig pro Jahr für Kinderbetreuung und Gratiskindergarten insgesamt an die 22 Mio. Euro auf. ◆

NIEDERÖSTERREICH

Wohnbauspekulationen: Sepp Leitner will retten, was noch zu retten ist



1,04 Milliarden Euro soll das Land Niederösterreich zwischen 2002 und 2009 in den Sand gesetzt haben.



Zimmer

Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner im Kampf für Transparenz rund um Spekulationen mit Steuergeld.

In der letzten Ausgabe des Nachrichtenmagazins „profil“ wurden die Geschäfte von ÖVP-Landesrat Sobotka und Landeshauptmann Erwin Pröll in einem Artikel genauer unter die Lupe genommen. 1,04 Milliarden Euro an Steuergeldern wurden an den internationalen Finanzmärkten verspekuliert. Auch das 85 Seiten schwere Gutachten des Wirtschaftsprüfers Thomas Keppert wurde dem „profil“ vorgelegt. 200.000 Wohnbauförderungsdarlehen hatte die niederösterreichische Landesregierung bereits im Jahr 2002 verkauft. Nach 20 Jahren hätten diese 4,7 Milliarden Euro wert sein sollen. Niederösterreich bekam 2,57 Milliarden Euro. Insgesamt ließ Sobotka Steuergelder in der Höhe von 4,4 Milliarden Euro am Kapitalmarkt (!) anlegen.

Die SPÖ Niederösterreich fordert daher einen Runden Tisch, der Klarheit bringen soll und an dem alle Parteien eingeladen sind. Bis dato schlugen Pröll und Sobotka der SPÖ diesen Wunsch ab. „Die NiederösterreicherInnen erwarten sich nicht nur Transparenz über die Spekulationsverluste ihrer Steuergelder, sie müssen sich auch sicher sein, dass künftig ein Weg eingeschlagen wird, der das noch vorhandene Geld zumindest sicherstellt“, so Leitner. Der ausgebildete Betriebswirt will genau analysieren, ob eine Umschichtung der Gelder vorgenommen werden muss oder nicht. Dabei ist der SPÖ Niederösterreich besonders wichtig, einen parteiübergreifenden Konsens über die weitere Vorgangsweise anzupeilen. ◆

SALZBURG

Burgstaller wird wieder Landeshauptfrau



Sechs Wochen nach den Wahlen in Salzburg einigten sich SPÖ und ÖVP auf eine Neuauflage der Großen Koalition. Oberste Priorität hat der Kampf um die Arbeitsplätze.

Gabi Burgstaller wird die große Koalition in Salzburg erneut anführen. Die SP-geführte Landesregierung will 100 Millionen Euro, begleitend zu den Maßnahmen der Bundesregierung, in die Konjunkturbelebung fließen lassen.

Im Zentrum der Anstrengungen steht in den nächsten Jahren der Einsatz für Salzburgs Arbeitsplätze. So, wie sich die SPÖ Salzburg 2004 das Ziel der Vollbeschäftigung setzte und damit österreichweit ein Vorbild war, wird nun, unter den Vorzeichen der weltweiten Wirtschaftskrise, die Arbeitsmarktpolitik oberste Priorität haben. Wichtig ist eine Politik, die nicht nur für die Menschen, sondern auch bei den Menschen ist.

Außerdem soll bis 2014 schrittweise ein Gratis-Kindergarten eingeführt werden. In Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit soll auch der so genannte „Schlechte-Zeiten-Schutz“ bereits ab 2009 vorgezogen werden. Das bedeutet, dass in Zeiten höher werdender Erwerbslosigkeit automatisch mehr Geld in die Arbeitsmarktpolitik gesteckt wird. Hier stellt das Land Salzburg 750 Millionen Euro zur Verfügung. Auch junge Menschen kommen im Regierungsprogramm nicht zu kurz: Weiterhin wird es für alle Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr möglich sein, alle Museen kostenfrei zu besuchen.

„Die Neuauflage der Großen Koalition in Salzburg ist ein Sieg der Vernunft. Das Land hat keine Experimente nötig.“

Manfred Perterer, Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“

Gabi Burgstaller wird am 22. April von SPÖ und ÖVP wieder zur Landeshaupt-



APA

Gabi Burgstaller bleibt auch weiterhin die einzige Landeshauptfrau Österreichs. Hier mit ihrem VP-Vize Haslauer.

frau gewählt. Landeshauptfraustellvertreter David Brenner bleibt Finanzreferent und zuständig für Fragen des Sportes und der Kultur. Landesrat Walter Bauchfellner behält die Agenden Wohnbauförderung und Umweltschutz, überdies wird seine Kompetenz um das Raumordnungsgressort erweitert. Landesrätin Erika Scharer bleibt als Sozialreferentin erhalten. Sie wird sich auch des Bereiches der Gesundheit annehmen. ♦

STEIERMARK

Rudolf Hundstorfer zu Gast in Landl



Der SPÖ-Sozialminister besuchte die kleine Gemeinde Landl im Bezirk Liezen.

Bürgermeister von Landl Bernhard Moser und die Gemeinderätin Edith Pfeifer führten den hohen Besuch, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, durch

ihre Gemeinde Landl. Mit dabei war die Liezener Nationalrätin Elisabeth Hakel. Die erste Station war der Unternehmer Hermann Berger. Er betreibt ein Autohaus und eine Lackiererei, die u.a. U-Bahn-Türen und Fernbedienungen lackiert. Vor allem über den hohen Standard und die beeindruckende Lebensqualität im Landler

Seniorenheim zeigten sich Hundstorfer und Hakel begeistert. Einziger Wehrmutstropfen waren die Klagen über die immer schlechter werdenden Verkehrsanbindungen zu anderen Schlüsselregionen. Der Personenverkehr von Großreifling nach Liezen soll angeblich sogar eingestellt werden. Eine Farce für die BewohnerInnen! „Die Stärkung des länd-



SPÖ Stmk

Rudolf Hundstorfer zu Besuch in der Landler Lackiererei

lichen Raumes muss in der Politik wieder den Stellenwert bekommen, den es verdient. Das Einstellen von Zugverbindungen seitens des ÖBB-Managements halte ich für kein gutes Zeichen“, so Elisabeth Hakel im Zuge des Gemeinderundganges in Landl. ♦



SPÖ Stmk

Sozialminister Rudolf Hundstorfer und NR Elisabeth Hakel vor dem Landler Gemeindeamt



AK Wien

Europa muss sozialer werden

AK-Präsident Herbert Tumpel plädiert für den Schutz der Arbeitsplätze und die Stärkung der Kaufkraft, ein Ende des Sozialdumpings und strenge Regeln für die Finanzmärkte.



Das Wichtigste ist jetzt der Schutz der Arbeitsplätze – vor allem vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise.

Die Finanzkrise hat Europa fest im Griff. Die ArbeitnehmerInnen bekommen die Folgen jeden Tag zu spüren. Viele arbeiten in Kurzarbeit, machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz oder befürchten, dass der Druck auf sie steigt.

„Schuld an der Krise ist eine neoliberale Politik, die vollkommen unregulierte Finanzmärkte ermöglicht hat.“

Aber: Die ArbeitnehmerInnen sind nicht schuld an der Krise. Weder in Österreich, noch in den EU-Staaten. Sie sollen jetzt nicht die Folgen tragen. Schuld ist die neoliberale Politik, die vollkommen unregulierte Finanzmärkte ermöglicht hat. Damit wir solche Krisen in Zukunft verhindern, müssen wir für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.

Arbeitsplätze schützen – das ist jetzt das wichtigste. Dazu muss europaweit in Arbeit investiert werden. Die EU ist gefragt, öffentliche Investitionen auszuweiten. Mehr Geld muss vor allem in Bereiche investiert werden, die hohe Beschäftigungseffekte bringen wie Bildung, Infrastruktur und Forschung. Wichtig ist jetzt außerdem, europaweit die ArbeitnehmerInnen zu entlasten und so die Nachfrage zu stärken. Denn mehr Nachfrage in Deutschland heißt auch mehr Absatz in Österreich. Das ist dringend nötig, um die Arbeitsplätze in Österreich und in der gesamten EU zu schützen.

Der Druck auf die Beschäftigten darf nicht noch weiter steigen. Gerade jetzt müssen ihre Rechte geschützt und Lohn- und Sozialdumping verhindert werden. Ein wichtiger Schritt dazu ist die bereits erreichte Verlängerung der Übergangsfristen am Arbeitsmarkt bis 2013. Für die Zeit danach muss gel-

ten: Die Rechte der ArbeitnehmerInnen müssen grenzüberschreitend durchgesetzt werden können. Im Moment kann man zB einem ausländischen Unternehmen, das bei uns bei einem Regelverstoß erwischt wird, oft nicht einmal die Anzeige zustellen. Das muss sich ändern. Schließlich bekommt auch jeder, der im Urlaub beim Schnellfahren erwischt wird, seinen Strafzettel nach Hause zugestellt. Also muss es auch möglich sein, die Rechte der ArbeitnehmerInnen grenzüberschreitend durchzusetzen.

Nur wenn der Wohlstand innerhalb der EU gerecht verteilt ist, kann die Wirtschaft nachhaltig gestärkt werden. Denn die private Nachfrage muss stabilisiert und der Sozialstaat gesichert werden. Um einen Steuerwettbewerb nach unten zu verhindern, muss es einen einheitlichen Mindeststeuersatz für Unternehmen geben.

Wohin uns ungezügelter Spekulation führt, haben wir gesehen. Wir müssen in Zukunft verhindern, dass Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität so leichtfertig auf Spiel gesetzt werden. Dazu brauchen wir strenge Regeln und eine effiziente Kontrolle der Finanzmärkte.

In Brüssel stehen rund 1.500 LobbyistInnen der Unternehmen 50 ArbeitnehmerInnen- und KonsumentenvertreterInnen gegenüber. Das ist alles andere als gerecht. Die UnternehmenslobbyistInnen müssen aus den Entscheidungsprozessen zurückgedrängt werden, um die Rechte der ArbeitnehmerInnen zu schützen. Das ist gerade jetzt wichtig! ♦

Herbert Tumpel ist seit 1997 Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und Präsident der Bundesarbeitskammer.

TERMINKALENDER

Donnerstag, 23. April

Finanzkapital und Privatisierung – Erfahrungen im Dienstleistungssektor

Seit Mitte der 1990er Jahre kam es in Europa zu einer umfassenden Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Nach dem Verkauf von Staatsbetrieben in den Achtzigerjahren entwickelten sich die Öffentlichen Dienste in den Neunzigerjahren zu einem lukrativen Investitionsfeld für private Anleger, darunter eine Reihe von internationalen und institutionellen Anlegern. Die Diskussion soll die Auswirkungen von Privatisierungen im Dienstleistungssektor beleuchten und die Frage aufwerfen, in wessen Händen denn nun wirklich Verantwortung für Dienstleistungen, die alle benötigen, um leben zu können, liegen soll. Die Diskussion soll vor allem anhand von Erfahrungen, zum Beispiel dem Gesundheitssystem in England, geführt werden.

Erich Fröschl vom Renner-Institut wird durch die prominent besetzte Diskussion führen. Jörg Hufschmid (emeritierter Universitätsprofessor für Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Bremen) und Allyson Pollock (Universitätsprofessorin für International Public Health Policy und Leiterin des Centre for International Public Health Policy, University of Edinburgh) werden das Thema aus einer wissenschaftlichen Perspektive beleuchten.

Anmeldung: Nina Abrahamczik, Renner-Institut unter Tel.: 01/804 65 01/38 oder per e-mail: abrahamczik@renner-institut.at

Renner-Institut

Khleslplatz 12
1120 Wien

Freitag, 24. April

Podiumsdiskussion der SPÖ-Wien: „EUROPA GEWINNEN“

Am 7. Juni 2009 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Wiener SPÖ lädt daher am Freitag, dem 24. April, zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion ins Palais Ferstl.

Neben dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl und der Vizebürgermeisterin Renate Brauner, werden auch der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky und unser EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda über die Herausforderungen, die die Europäische

Union für die Menschen und im speziellen für die Sozialdemokratie mit sich bringt, diskutieren.

Begleitet wird die Diskussion von Werner Perger, Journalist der renomierten deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“.

Anmeldung: Tel.: 01/534 27-299

Beginn: 19.00 Uhr

Palais Ferstl

Strauchgasse 4
1010 Wien

Mittwoch, 29. April

Forschungsförderung – Firlefanz oder Notwendigkeit?

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „MEHRWERT & CO – WIRTSCHAFT IM GESPRÄCH“ von Agnes Streissler, lädt das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog zum Thema „Forschungsförderung – Firlefanz oder Notwendigkeit?“ zu einem Gespräch.

Denn Finanzmarktkrise, Energieknappheit und Arbeitslosigkeit werfen die Frage auf, ob das heutige Wirtschaftssystem mehr Probleme schafft, als es Lösungen bietet. Die Gesprächsreihe will hier Antwortmöglichkeiten und neue Wege zeigen, jeweils zwei Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben werden über aktuelle Themen diskutieren. Unterschiedliche Erklärungsansätze und das Für und Wider von Politiken und Positionen sollen dabei ausgetauscht und besprochen werden.

Es diskutieren: Henrietta Egerth, Geschäftsführerin der FFG und Arnold Schmidt, Vorsitzender des Aufsichtsrats des FWF

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

für internationalen Dialog,

Armbrustergasse 15,
1190 Wien

Donnerstag, 30. April

Fackelzug der SJ gegen Rechts

Rechtsextreme Schmierereien schmücken immer öfter Wände in Österreich. Parteien mit rassistischen Ressentiments sind im Aufwind. Beflügelt durch die Wahlkämpfe von BZÖ und FPÖ und der Wahl von Martin Graf (Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia) zum dritten Nationalratspräsidenten gewinnen Rechtsextreme zunehmend an Selbstvertrauen. Rechte Parteien stehen nicht mehr nur am Rand,

sondern in der Mitte der Gesellschaft. Die Sozialistische Jugend will gemeinsam mit anderen sozialdemokratischen Organisationen und der FSG ein klares Zeichen für Menschlichkeit und Solidarität setzen.

Beginn: 20.00 Uhr

Vor der Staatsoper

AVISO: Freitag, 1. Mai



Mit SPÖ und Gewerkschaft um die Arbeitsplätze kämpfen!

Seit über 120 Jahren präsentieren Werktätige ihre politischen Forderungen am 1. Mai im Zuge großangelegter Aufmärsche und Kundgebungen. Was mit den erfolgreichen Forderungen nach dem Achtstundentag und gerechteren Arbeitsbedingungen begonnen hat, ist auch heute noch brandaktuell und vor allem für die sozialdemokratische Bewegung sehr wichtig. Im ganzen Bundesgebiet werden Gewerkschaft und Sozialdemokratie am Tag der Arbeit wieder auf die Straße gehen, um ihre Forderungen zu präsentieren. Gerade in Zeiten der Krise ist es wichtig für uns, deutliche Signale für Menschlichkeit und Solidarität, gegen Verhetzung und Konservatismus in der Öffentlichkeit zu setzen. Mehr zu den 1. Mai-Terminen in der nächsten Ausgabe.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Martin Oppenauer, Peter Slawik,

Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner,

Markus Wagner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann

Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: SPÖ

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



BIG

Neue Mittelschule, neues Haus – Spatenstichfeier der AHS am Contiweg

Die Eröffnung der neuen Schule soll im Herbst 2010 erfolgen und eintausend SchülerInnen Platz bieten. Außerdem wird hier das Projekt der Neuen Wiener Mittelschule realisiert. Der Wiener SPÖ-Klubobmann Oxonitsch, Bezirksvorsteher Scheed, Ministerin Schmid, Stadtschulratspräsidentin Brandsteidl und BIG Geschäftsführer Gleissner nahmen den Spatenstich vor.



BKA

Faymann deponiert Österreichs Interessen gegenüber Serbien

Bundeskanzler Werner Faymann empfing den serbischen Präsidenten Boris Tadic zu einem Arbeitsgespräch. Faymann zeigte sich „sehr stolz“ über die engen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder und betonte, dass die Marktchancen bei einem Konjunkturaufschwung gemeinsam natürlich viel besser wären.



RK Fotodienst

Wiens Taxis werden „grün“ – mit Erdgas

Ab Juni 2009 fördert die Stadt Wien die Anschaffung von Erdgastaxis. Die Vorteile in Sachen Feinstaub und CO2 liegen auf der Hand. Bei der Präsentation der Aktion macht Umweltstadträtin Ulli Sima klar, dass Erdgasautos schon seit zwei Jahren gefördert werden und die Taxiförderung für eine weitere Reduktion der Umweltbelastung im Verkehr sorgt.